

AFFÄREN

„Haut rein, Jungs!“

In München steht eine Clique von Börsenjournalisten vor Gericht, die Aktienwerte hochgeschrieben und dabei Millionen kassiert hat – ihre Auftraggeber aber werden nicht angeklagt.

Geleentlich zeigt die Münchner Staatsanwaltschaft mal, wozu sie in der Lage ist. Beispielsweise bei ihrem Schlag gegen diese Clique von Börsenjournalisten: Mit Hilfe von 160 Polizisten ließ sie 48 Wohnungen und Büros im In- und Ausland durchsuchen. Zwölf Staatsanwälte begleiteten die Razzia, zur Seite standen ihnen sieben Mitarbeiter der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Insgesamt beschlagnahmten die Beamten 280 Computer, Festplatten und Handys. Ermittlungsverfahren wurden gegen 30 Beschuldigte eröffnet, 4 davon wanderten in Untersuchungshaft, 2 sitzen dort bis heute.

16 Monate nach der Großrazzia beginnt am Montag dieser Woche im Münchner Landgericht der Prozess gegen die beiden Hauptverdächtigen: den ehemaligen Vorstandsvize der Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger (SdK), Markus Straub, und seinen Kumpel Tobias Bosler, einen Finanzinvestor, der in den Jahren 2000 bis 2002 ebenfalls als SdK-Sprecher auf Aktionärversammlungen auftrat.

Es stehen also jene Lobbyisten vor Gericht, die eigentlich die Interessen der Kleinanleger gegenüber Konzernen oder Politik vertreten sollen. Ausgerechnet sie stehen im Verdacht, krumme Börsen-Deals betrieben zu haben. Bosler und seine Clique sollen dabei die Aktienwerte kleinerer Firmen hochgeschrieben und Millionen abgezockt haben, indem sie ihre eigene Basis zum Kaufen animierten. Ihre gläubige Anhängerschar, die auf ihre Tipps vertraute, wäre demnach nur die Masse gewesen, mit der sich Kurse bewegen lassen.

Auch wenn in der 342 Seiten starken Anklageschrift nun etliche der ursprünglichen Anschuldigungen gegen Bosler und seine Clique nicht mehr auftauchen oder in gesonderten Verfahren aufgearbeitet werden sollen, bleiben doch noch viele konkrete Vorwürfe übrig.

Die von Bosler mutmaßlich gesteuerten Manipulationen begannen demnach im Jahr 2005. Damals verkaufte er seine Firma International Small Cap Research (ISCR) an Stefan Fiebach. Das Unternehmen verschickte regelmäßig die Börseninfos SCS und ISP an 18 000 E-Mail-Adressen. Ein anderes Blatt, den „Börsendienst“, betrieb Bosler weiter selbst.

Es sind Blättchen, die klein, aber wirkmächtig sind: Wenn dort die Aktie einer Mini-Firma besprochen wird, von der sonst kaum jemand Papiere kauft, kann der Kurs allein deshalb steigen – oder fallen, je nach Tenor der Empfehlung.

Die Staatsanwaltschaft wirft Bosler und Fiebach nun im Kern vor, dass sie, obwohl sie sich Journalisten nannten, nicht nach bestem Wissen und Gewissen Aktien



Finanzinvestor Bosler

empfohlen haben sollen, sondern entweder im Auftrag anderer oder um selbst davon zu profitieren.

Im Sommer 2005 etwa soll sich Bosler mit dem Investor Constantin Dietrich getroffen haben, der Aktien einer Firma namens Barnabus Energy besaß. Dietrich habe sich gewünscht, dass Bosler für eine positive Berichterstattung sorgt. Mehr als 30-mal erschienen danach Meldungen über die Firma in Fiebachs Börsenbriefen SCS und IPS. Der Kurs der Aktie stieg laut Anklage von 0,53 Euro auf zeitweilig 2,05 Euro. Ein Anleger konnte also bis zum Dreifachen seines Einsatzes gewinnen.

Als die Aktie schließlich abhob, verkauften Dietrich und seine Partner ihre eigenen Papiere und kassierten 6,5 Millionen Euro. Bosler selbst und sein Kum-

pel Fiebach sollen für ihre Dienste rund 28 000 Euro bekommen haben. Boslers Anwalt Christian Pelz kommentiert die Vorwürfe nicht, kündigt aber an, dass sich sein Mandant im Prozess äußern werde.

Ähnlich befeuerten Bosler und Fiebach laut Anklage den Kurs von Petrohunter. Auch in diesem Fall soll der Investor Dietrich die PR-Posaune Bosler auf die Firma aufmerksam gemacht haben. Ende 2005 stellte Dietrich erneut Geld zur Verfügung. Diesmal kaufte Bosler selbst Aktien, bevor die Positivberichte begannen.

Die Akteure gaben sich nicht nur mit Fiebachs kleinen Börsenbriefen zufrieden, sondern zahlten 108 000 Euro dafür, dass weitere Dienstleister wie Börse.de, Börsenreport.de oder BörseGo ebenfalls die Artikel über Petrohunter an ihre insgesamt mehr als drei Millionen Adressaten schickten. In einer E-Mail an die Investorenclique schreibt Bosler: „Wenn wir alle an einem Strang ziehen, dann werden



Produktionshalle des Motorenherstellers Thielert

wir in wenigen Monaten die 10,00 US-Dollar-Marke knacken. Das ist der Mega Deal, haut rein, Jungs!“ Auch beim Anlegerblatt „Focus Money“ aus der Münchner Burda-Gruppe hatte Bosler einen guten Bekannten: Oliver Janich.

Im Januar 2006 reisten Bosler und Janich zu einem Investorentreffen von Petrohunter in die USA. Wie es in der Anklage heißt, habe Janich daraufhin „in bewusstem und gewolltem Zusammenwirken mit Bosler“ Artikel in „Focus Money“ veröffentlicht. Außerdem soll Bosler insgesamt 200 000 Aktien treuhänderisch für Janich gehalten haben.

Die Frage des SPIEGEL, ob er die Aktien überhaupt bezahlt habe, beantwortete Janich ebenso wenig wie die, ob das Paket eine Art Bezahlung für seine Be-

richterstattung in „Focus Money“ war. Sein Anwalt verwies schriftlich auf das „laufende Ermittlungsverfahren“.

Für Bosler war der Petrohunter-Deal allerdings ein Minusgeschäft: Er hatte die Aktien mit einer Haltefrist gekauft, das heißt, er durfte sie erst zwei Jahre später wieder verkaufen. Der Wert rutschte schneller wieder ab, als es den Zockern lieb sein konnte. Bosler machte bei dem Petrohunter-Deal rund zwei Millionen Euro Verlust, Fiebach 70 000 Euro.

Gewonnen haben in diesem Fall vermutlich wieder die Investoren um Dietrich, doch der beantwortete entsprechende Nachfragen ebenfalls nicht.

Bei Dietrich handelt es sich ohnehin um eine schillernde Figur: Bis vor wenigen Wochen firmierte er als Europachef eines Seitensprung-Portals, aktuell ist er als Gesellschafter der Firma Fodco mit Sitz in Zürich gemeldet. Auch er beantwortet keine Fragen zu den alten Deals.



meinsam mit Bosler die Kurse etlicher Billigaktien manipuliert und vom Verkauf profitiert zu haben. Doch in den ihn betreffenden Passagen der Anklageschrift ist davon nun keine Rede mehr.

Nur noch eine einzige Beteiligung wird Straub in Zusammenarbeit mit Bosler zur Last gelegt: die Inszenierung des Börsengangs der Nascacell AG. Straub und Bosler sollen das kleine Biotech-Unternehmen gemeinsam mit dem ehemaligen Aufsichtsratschef des Fußballvereins 1860 München, Christoph Öfele, erst übernommen und anschließend mit falschen Informationen die Phantasie der Anleger befeuert haben, wobei ihnen wieder Fiebachs Börsenbriefe und Oliver Janich von „Focus Money“ geholfen haben sollen. Als Nascacell an der Börse war, verkaufte das Trio schnell seine Aktien – für zwölf Millionen Euro.

Öfele hat vergangene Woche seine Beteiligung gestanden, Fiebach bekannte sich ebenfalls in anderen Fällen der

Was ist die SdK?

Gegründet wurde der Verein 1959 als „Schutzgemeinschaft der Kleinaktionäre“ mit dem Ziel, die Rechte einfacher Aktionäre zu stärken. Im Jahr 2004 erfolgte die Umbenennung in „Schutzgemeinschaft der Kapitalanleger“. Der Verein finanziert sich über die Beiträge seiner 12 000 Mitglieder, aus Anzeigeneinnahmen und Erträgen seines eigenen Aktiendepots. Der Vorstand und die 50 Sprecher arbeiten ehrenamtlich. Sie besuchen jedes Jahr über 500 Hauptversammlungen, stellen kritische Fragen und prüfen Bilanzen. Im Internet betreibt die SdK das Portal www.anlageschutzarchiv.de, in dem vor unseriösen Finanzprodukten gewarnt wird. Archiv-Geschäftsführer Christoph Öfele erhielt dafür 2001 den renommierten Helmut-Schmidt-Journalistenpreis. Mittlerweile hat sich Öfele wegen dubioser Deals geständig gezeigt.

schriftlich bescheinigt, dass sie als Verein in ihren Mitteilungen nicht darauf hinweisen müsse, wenn Vorstandsmitglieder selbst Papiere besitzen, deren Firmen sie kritisieren. Gleichwohl betont die Aufsichtsbehörde, dass jeder Marktteilnehmer, der selbst eine Aktie kauft und sie dann zum Kauf empfiehlt, diesen Interessenkonflikt offenlegen müsse.

Für die Staatsanwaltschaft bleibt Straub trotz seiner Erklärungen ein Rädelsführer: Im November leitete sie sogar ein Ermittlungsverfahren gegen seinen Anwalt Harald Petersen ein, der bis vergangene Woche selbst SdK-Vorstand war. Sie wirft ihm nun „Marktmanipulation in Mittäterschaft“ vor.

Petersen soll, als die SdK im Jahr 2008 vor der Firma Wirecard warnte, bereits gewusst haben, dass Straub auf fallende Wirecard-Kurse setzte. Dies sei, so Staatsanwalt Michael Nunner, ein für ihn neuer Sachverhalt. Anwältin Kämpfer belegt da-



Nach Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft floss bei den Dietrich-Aktionen über die tschechische Firma SwissConsult rund eine Million Euro an Fiebachs Unternehmen ISCR.

SwissConsult wiederum erhielt damals Geld von verschiedenen Firmen mit Sitz in Panama, auf Zypern und in der Karibik. Über die mutmaßlichen Auftraggeber der Börsenjournalisten hat die Staatsanwaltschaft keine Ermittlungen angestellt. Es sei „nach unseren Feststellungen hier Verfolgungsverjährung eingetreten“, teilt die Behörde mit.

Noch überraschender ist der Umgang der Staatsanwaltschaft mit dem zweiten angeblichen Rädelsführer, dem früheren SdK-Vize Markus Straub, 42. Die Ermittler verdächtigten ihn ursprünglich, ge-

Marktmanipulation schuldig. Beide gingen auf das Angebot von Gericht und Staatsanwaltschaft ein und erhielten eine Bewährungs- und Geldstrafe. Beide stehen nun als Zeugen in dem Verfahren gegen Straub und Bosler zur Verfügung.

Die allerdings lehnen einen Deal mit der Staatsanwaltschaft bisher ab. „Wir gehen mit dem klaren Ziel eines Freispruchs in die Hauptverhandlung“, sagt Straubs Anwältin Simone Kämpfer. Bei den Fällen der Firmen Thielert und Wirecard habe die SdK im Übrigen zu Recht vor den Unternehmen gewarnt, heißt es in einem Schriftsatz seiner Verteidiger. Und weiter: Dass SdK-Vize Straub damals selbst auf fallende Kurse dieser Firmen gewettet habe, sei juristisch nicht angreifbar. Die Finanzaufsicht habe der SdK

gegen, dass genau dieser Sachverhalt längst in den Akten stand.

Will die Staatsanwaltschaft mit dem neuen Verfahren den Angeklagten Straub weichklopfen, weil der bisher ein Geständnis ablehnt? Petersen selbst möchte an diesem Montag auf jeden Fall als Verteidiger von Straub antreten.

Sollte Petersen tatsächlich kurzfristig vom Prozess ausgeschlossen werden, was die Staatsanwaltschaft beantragt hat, müssten womöglich Teile des Verfahrens neu aufgerollt werden.

Straub käme dann nach 16 Monaten Untersuchungshaft auf freien Fuß. Seine Anwälte haben bereits Verfassungsbeschwerde eingelegt – wegen Verfahrensverschleppung.

DINAH DECKSTEIN, MARKUS GRILL